

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Cornelle Sonntag MdB zur
Drohung der Justizministerin
mit dem Bruch der Koalition:
Pendeln zwischen Machterhalt
und Verfassungstreue.

Seite 1

Dr. Klaus Kübler MdB zum
Verzicht Indiens auf den Welt-
bank-Kredit für das Narmada-
Projekt: Neu-Delhi vor einer
bedeutsamen Weichenstel-
lung.

Seite 2

Dokumentation:

Der Innenminister von Bran-
denburg, Alwin Ziel, forderte
bei der Eröffnung der bun-
desweiten Aufklärungskampa-
gne 'Fairständnis' in diesem
Bundesland zu Toleranz und
Liberalität auf. Seine Rede im
Wortlaut:

Seite 3

48. Jahrgang / 66

6. April 1993

Pendeln zwischen Machterhalt und Verfassungstreue Zur Drohung der Justizministerin mit dem Bruch der Koalition

Von Cornelle Sonntag MdB
Sprecherin des SPD-ParteiVorstands

Jetzt sagt es nicht mehr allein ein FDP-Abgeordneter wie Ekkehard Gries, sondern auch die freidemokratische Justizministerin: Wenn die 'Bundesregierung' - der Frau Leutheuser-Schnarrenberger ebenso wie Außenminister Kinkel doch angehört! - bei einem etwa- gen Mißerfolg der AWACS-Klage der FDP-Bundestagfraktion den- noch den Einsatz befehlen sollte, droht ein Ende der Koalition.

Deutlicher und entlarvender läßt sich der Zustand innerer Auszeh- rung des christlich-liberalen Bündnisses kaum noch beschreiben. Nur: Die Warnungen aus freidemokratischen Lager klingen schal. Die FDP hat sich auf das abenteuerliche Drehbuch des Verfassungs- streits eingelassen. Sie hat akzeptiert, daß ein Teil der Regierung gegen den anderen vors Karlsruher Gericht zieht. Sie hat zu lage la- viert, um jetzt zu lamentieren.

Sie pendelt zwischen Machterhalt und Verfassungstreue. Folgerich- tig hätte sie gehandelt, wenn sie sich schon im Sommer 1992 der Klage der SPD gegen den Adria-Einsatz der Bundeswehr ange- schlossen hätte. Damals war der richtige Zeitpunkt einer verfas- sungsrechtlichen Überprüfung gekommen. Jetzt ist die FDP in der selbst geknüpften Schlinge gefangen.

(-/6. April 1993/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Freiwiliger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Neu-Delhi vor einer bedeutsamen Weichenstellung
Zum Verzicht Indiens auf den Weltbank-Kredit für das Narmada-Projekt

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Indien hat am Dienstag letztlich nicht sehr überraschend auf die Auszahlung der letzten Weltbank-Kreditrate für das umstrittene Narmada-Staudammprojekt verzichtet. Die Entscheidung der indischen Regierung, den noch ausstehenden Kredit über 170 Millionen Dollar von insgesamt bewilligten 450 Millionen Dollar nicht mehr abzurufen, erfolgte einen Tag vor Ablauf der Weltbank-Frist für die Erfüllung von Auflagen beim Umweltschutz und bei der Umsiedlung von zehntausenden von Bauern in dem betroffenen Gebiet.

Unter Hinweis auf Weltbank-Kreise meldete die indische Nachrichtenagentur UNI, die indische Regierung habe sich wegen der "rücksichtlosen Haltung" der Weltbank zu diesem Schritt entschlossen. Das Land werde das Projekt auch ohne ausländische Finanzierung realisieren.

Dieser Entscheidung vorangegangen war wiederholte Kritik seitens der Weltbank sowie indischer und internationaler Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen an planerischen Versäumnissen und nicht eingehaltene Auflagen bei der Umsetzung des Projektes. Von einer "rücksichtlosen Haltung" der Weltbank kann keine Rede sein.

Das Narmada-Staudammprojekt ist mit geschätzten Gesamtkosten von mindestens 3 Milliarden Dollar eines der umstrittensten Großprojekte, an dem die Weltbank jemals beteiligt war. Der Narmada-Fluß soll durch insgesamt 30 große und 70 kleine Dämme aufgestaut und rund 70.000 Kilometer Bewässerungs-Kanäle angelegt werden. Die drei trockenen westindischen Provinzen Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh sollen durch das Projekt mit Strom und Wasser versorgt und ihre landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung gefördert werden.

Die geplanten Überschwemmungen größtenteils fruchtbarer und bewaldeter Gebiete - insgesamt rund 37.000 Hektar Ackerland und Wald - und die Massenumsiedlungen von mehr als 100.000 Menschen sind seit Jahren Gegenstand massiver Kritik seitens indischer und internationaler Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen.

Unbefriedigende Untersuchungen über Umweltfolgen

Im Mittelpunkt der Kritik stehen dabei zum einen die quantitativ und qualitativ unbefriedigenden Untersuchungen über Umweltfolgen, die eine verlässliche Abschätzung der Auswirkungen des Staudammprojektes für das Ökosystem nicht zuließen. Der zweite Hauptkritikpunkt betrifft die unzulänglichen Vorkehrungen für die Umsiedlung von mehr als 100.000 Menschen, deren Land überschwemmt werden wird. Diese Bedenken teilt auch der "Morse-Report", ein von der Weltbank aufgrund zahlreicher Bedenken selbst in Auftrag gegebener unabhängiger Untersuchungsbericht.

Auch die wirtschaftliche Seite des Großprojektes war in jüngster Zeit Gegenstand der Kritik und hätte nach Meinung einer Reihe von unabhängigen Beobachtern einer neuerlichen gründlichen Überprüfung bedurft.

Der von Indien eingeschlagene Weg, sich einen Tag vor Ablauf der von der Weltbank gesetzten Frist seinen eingegangenen internationalen Verpflichtungen durch Ausstieg aus dem bisherigen Finanzierungskonzept zu entziehen, ist aus einer Reihe von Gründen zu bedauern.

Die hier demonstrierte indische Haltung wird auch in Zukunft Geberländer oder Geber-Institutionen nicht davon abhalten, bei der Vergabe von Krediten bestimmte Anforderungen und Kriterien an die von ihnen mitfinanzierten Projekte zu stellen. Es wäre nicht sehr realistisch, wenn die indische Regierung davon ausginge, daß sie Gelder in Zukunft ohne Auflagen bekommen würde.

Und daß es bei solchen Auflagen nicht allein um ökonomische, sondern auch um ökologische und um Menschenrechtsfragen geht, gehört zu den wesentlichen Fortschritten der internationalen Politik der Zusammenarbeit auch in diesen Fragen in der letzten Zeit.

Der Ausstieg aus der Weltbank-Finanzierung kommt zudem einem Eingeständnis Indiens gleich. Die Botschaft ist für den Betrachter eindeutig: Da die indische Regierung die Auflagen der Weltbank nicht erfüllen kann oder will, tritt sie mit ihrem Vorwurf einer "rücksichtslosen Haltung" an die Adresse der Weltbank gleichsam die Flucht nach vorn an.

Die Entscheidung der indischen Regierung ist auch unter dem Aspekt problematisch, daß sie ein Signal für eine Re-Nationalisierung der Umweltschutz- und Menschenrechtsfragen sein könnte.

Die internationale Menschenrechtspolitik, aber auch die internationale Umweltschutzpolitik, befindet sich derzeit in einer schwierigen Phase. Bei den Rahmenbedingungen für internationale Kooperation in Umwelt- und Menschenrechtsfragen ist, wie nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation zunächst erhofft, keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung erkennbar. Und der kooperative "Geist von Rio" wird leider in einigen Ländern eher als "Ungeist der Einmischung" interpretiert.

Eine Politik, die in Menschenrechts- und Umweltschutzfragen kritische Stellungnahmen als unerwünschte Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückweist, ist jedoch auf Dauer in der "einen Welt" nicht durchhaltbar.

Rückfall in den Isolationismus?

Sollte eine solche neo-isolationistische, wenig kooperativ-dialogfähige und eher konfrontative Haltung, wie sie etwa von Malaysia beim Gipfel der Blockfreienbewegung in Djakarta im letzten Jahr in der Menschenrechtsfrage mit Vehemenz vertreten und Teil des Abschlußdokuments wurde, nun weiter an Boden gewinnen, und diese jüngste Entscheidung Indiens könnte dafür ein Indiz sein, wäre dies ein ernster Rückschlag für die internationale Umwelt- und Menschenrechtspolitik und ein Rückfall hinter die Fortschritte der bisherigen Menschenrechtskonferenzen.

Bei aller politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit des indischen Subkontinents stellt sich die Frage, ob die indische Regierung klug beraten wäre, sich in Fragen der internationalen Umwelt- und Menschenrechtspolitik aus der internationalen Kooperation zurückzuziehen.

Es ist zu hoffen, daß der große demokratische Staat Indien mit seiner traditionell freien und kritischen Presse, mit seinen starken Tendenzen zur Liberalisierung und seiner Öffnungspolitik weiter einen Kurs der internationalen Zusammenarbeit auch im Umweltschutz und in Menschenrechtsfragen verfolgen wird.

(-/6. April 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Mit Anstand und Mut gegen Fremdenfeindlichkeit

Der Innenminister von Brandenburg, Alwin Ziel, forderte bei der Eröffnung der bundesweiten Aufklärungskampagne "Fairständnis" in diesem Bundesland zu Toleranz und Liberalität auf. Seine Rede im Wortlaut:

Im Boxring fliegen die Fäuste, da teilt man harte Schläge aus und steckt auch harte Schläge ein. Aber ein guter Sportler überzeugt und gewinnt nicht nur durch Kraft, sondern auch und vor allem durch Fairneß. Dafür war der letzte Boxweltmeisterschaftskampf der Profis, bei dem ein Sportsmann (Henry Maske) aus unserem Land Brandenburg gesiegt hat, ein Musterbeispiel. Solche sportliche Fairneß brauchen wir auch in den Auseinandersetzungen des Alltages. Im Wettstreit der Interessen, in Konflikten ist Fairneß gefordert. Das verlangt die Achtung vor dem anderen, das verlangt die Achtung vor uns selbst.

Unter uns leben Ausländerinnen und Ausländer. Manche sind schon Jahrzehnte bei uns zu Hause, andere kommen als Fremde zu uns in der Erwartung, daß wir ihnen helfen. Daraus können Konflikte entstehen. Dabei ist das Mindeste, daß wir der ausländischen Mitbürgerin und dem ausländischen Mitbürger, das heißt dem uns zunächst Fremden mit Fairneß, also anständig, vorurteilslos und unvoreingenommen begegnen.

Aber das genügt nicht. Die Ausländerinnen und Ausländer unter uns brauchen auch unsere Toleranz, unser Entgegenkommen und sogar unsere Anteilnahme, kurz: unser Verständnis. Nur wenn in unserer Gesellschaft diese Grundnormen menschlichen Umgangs miteinander beachtet werden, ist sie eine humane Gesellschaft, in der wir leben können.

Dies steht hinter der Aufklärungskampagne des Bundes und der Länder, die ich Ihnen heute für das Land Brandenburg vorstelle. Aus den Worten "Fairneß" und "Verständnis" ist die griffige Kurzformel "Fairständnis" als Motto dieser Kampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit gebildet worden. Organisatorisch wird sie vom Verfassungsschutz betreut. Auch in Brandenburg, das auf

seine Tradition von Toleranz und Liberalität stolz sein kann, haben Ausländerinnen und Ausländer in den letzten Monaten leider Gewalt, Ablehnung und Haß erleben müssen. Dies sind Erfahrungen, die in einem empörenden und beunruhigenden Gegensatz zu unserer guten brandenburgischen Tradition stehen. Es ist beschämend - und dabei können wir nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen -, daß im vergangenen Jahr Ausländerinnen und Ausländer auf der Straße grundlos niedergeschlagen worden sind und betrunkene Jugendliquen Brandsätze gegen Asylbewerberheime geschleudert haben. Das Erschreckende dabei: Es handelt sich um ganz junge Leute, die auch neonazistische Parolen und Symbole auf Wände und Grabsteine geschmiert haben.

Gewalt Ausdruck von Angst

Zwar sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres Vorfälle dieser Art zahlenmäßig stark zurückgegangen. Das aber erlaubt uns noch nicht, Entwarnung zu geben. Gewalt, brachiale oder verbale, ist in aller Regel ein Ausdruck von Angst; von Angst vor dem Fremden, daß oft genug aus der Angst vor der eigenen Zukunft und aus der eigenen Unsicherheit erwächst. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt ist ein Zeichen von Schwäche, von Dummheit, oft auch von Verblendung und Verbohrtheit. Dagegen setzen wir Anstand und Mut, dagegen setzen wir "Fairständnis".

Was können wir gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß unternehmen? Die Antwort ist leicht gegeben, wenn es gilt, rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zu verfolgen und verfassungsfeldliche Gruppierungen von Rechtsextremisten aufzulösen. Verfassungsschutz, Polizei und Justiz sind gefordert, Straftäter zu ermitteln und ihrer Bestrafung zuzuführen, Vereinigungen, die direkt oder indirekt zur Gewalt aufrufen, bloßzustellen und gegen sie einzuschreiten. Das geschieht auch: Ich erinnere an die Verbote der "Deutschen Alternative" und der "Nationalistischen Front". Ich erinnere an die steigenden Ermittlungserfolge der Polizei, zuletzt gegen die Täter von Sachsenhausen.

Und ich sage auch nichts Neues, wenn ich zum wiederholten Male bekräftige: Damit kann es nicht getan sein. Damit wird das Übel nicht an der Wurzel gepackt und ausgerottet. Von dem, was getan werden muß, stelle ich heute in den Mittelpunkt: Die Gesellschaft soll und muß über die Gefahren, Hintertürgründe und Ursachen extremistischer Aktivitäten und vor allem extremistisch motivierter Gewalttaten zunächst aufgeklärt werden. Aufklärung baut Ängste ab und kann ermutigen: dazu ermutigen, Fremden fair und verständnisvoll zu begegnen.

Die "Fairständnis"-Kampagne der Innenminister von Bund und Ländern ist umsichtig vorbereitet worden und erreicht nunmehr die Öffentlichkeit. Sie will möglichst viele Menschen ansprechen. Darum wird sie unter anderem durch Plakate, Poster, Aufkleber und Anzeigen sichtbar für einen gewaltfreien, menschlichen, hilfsbereiten Umgang mit Ausländern werben. Zumal junge Menschen, Schüler und Lehrlinge, will diese Kampagne nachdenklich machen und zu ausländerfreundlichem Handeln anleiten.

Das Land Brandenburg ist aber schon vor dieser Kampagne ganz und gar nicht müßig geblieben. Bereits in der Mitte des vergangenen Jahres hat das Kabinett ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen. Diese Maßnahmen sind geeignet, die Ursachen von Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß zu bekämpfen.

Unter anderem hat eine interministerielle Arbeitsgruppe im Herbst 1992 eine eigene Aufklärungskampagne initiiert. Auf sieben regionalen Arbeitskonferenzen haben Kommunalpolitiker, Jugendinitiativen, Sozialarbeiter und Lehrer, Polizisten und Pfarrer mit Regierungsvertretern darüber beraten, wie vor Ort junge Menschen, die für rechtsextremistische Losungen anfällig sind, ins Gespräch gezogen und für sinnvolle Alternativen zu dumpfer Gewalt gewonnen werden können. Diese unsere landeseigene Aufklärungskampagne wird fortgesetzt.

Die jetzt beginnende "Fairständnis"-Kampagne im Land Brandenburg sehe ich deshalb als nützliche Ergänzung und Verstärkung unserer auf Brandenburg bezogenen Bemühungen. Da sie in die breite Öffentlichkeit einwirkt, wird sie, so erwarte ich, noch mehr Menschen als bisher erreichen.

"Halt! Keine Gewalt", ruft sie allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu. "Seid fair, habt Verständnis, geht freundlich und hilfsbereit auf die Menschen zu, die hier fremd sind."

Meine Damen und Herren, Sie als Vertreterinnen und Vertreter der Medien haben nun die Aufgabe, als Multiplikatoren dieser Kampagne mitzuwirken. Davon erhoffe ich mir ein breites Echo und das Fairständnis der Bürgerinnen und Bürger.

(-/6. April 1993/rs/fr)
